

## Zwei Jahre Reform des Vergaberechts – Wie weiter mit sozialen Kriterien und Tariftreue in der öffentlichen Auftragsvergabe?

Beschäftigtenübergang bei Betreiberwechsel im SPNV und ÖPNV



*Fachbereich  
Verkehr*



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

**DAMIT DER ROTE FADEN NICHT ABREISST!**

# Das Vergabeverfahren im öffentlichen Nahverkehr

ver.di

Fachbereich  
Verkehr

Auf... entscheidet

Vergab... im Rahmen  
... (ÖDLA)  
... 70/07:

**Vorabbekannt-  
machung** Art. 7  
(2) und § 8a (2)

Für 3 Monate nach  
Veröffentlichung läuft  
die Frist für  
eigenwirtschaftliche  
Anträge

AT veranlasst

Ausschri

ektverg

genes VU oder

e (bis 300

Vorgab  
Tarifstanda  
... (5)

**Keine  
Sozialstandards, nur  
eingeschränkte  
Qualitätsstandards**

**Stopp des  
Vergabe-  
verfahrens**

**Eigenwirtschaft-  
licher Antrag auf  
Liniengenehmigungen**



## Warum ver.di die verbindliche Vorgabe der Beschäftigtenübernahme im ÖPNV fordert

- Beispiel Südbrandenburger Nahverkehr – Tariftreuegesetze reichen nicht aus
- Busverkehr Märkisch Oberland (BMO)

## Warum soziale Standards auch bei eigenwirtschaftlichen Anträgen gelten müssen

- Stadtverkehr Pforzheim
- KVG Kieler Verkehrsgesellschaft
- LVL Jäger Ludwigsburg
- Laufende Verfahren in Saarlouis, Gießen, Oldenburg,...



## Probleme bei fehlender Vorgabe der Beschäftigtenübernahme

- **Beschäftigte** verlieren ihren Arbeitsplatz oder Teile ihres Lohns und guter Arbeitsbedingungen
- **Fahrgästen** drohen Fahrtausfälle wegen Fahrermangel
- **Tarifbindung** wird zum Wettbewerbsnachteil, Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie in Frage gestellt – Folgen für Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen
- **Kommunen** verlieren getätigte Investitionen in Anlagen und Fahrzeuge (Betriebshöfe, Elektromobilität)

## Bei konkurrierenden eigenwirtschaftlichen Anträgen kommt hinzu

- **Kommunen** verlieren ihr Verkehrsunternehmen und alle getätigten Investitionen
- **Fahrgästen** drohen Leistungseinschränkungen und Preisanstiege



➤ ver.di fordert:

1. Auch eigenwirtschaftliche Anträge müssen die von Kommunen und in Tariftreuegesetzen verlangten sozialen Standards einhalten.
2. Im ÖPNV muss die Übernahme der Beschäftigten bei Betreiberwechseln verbindlich vorgeschrieben werden.

➤ Koalitionsvertrag

- *„Im Personenbeförderungsgesetz werden wir klarstellen, dass über die Nahverkehrspläne soziale Standards zum Schutz der Beschäftigten sowie qualitative und ökologische Standards auch für **eigenwirtschaftliche Verkehre** gelten.“*
- *„Wir werden die gesetzlichen Regelungen zum Vergaberecht so anpassen, dass die Landkreise und Kommunen die **Weiterbeschäftigung der bisherigen Beschäftigten** beim Leistungsübergang im ÖPNV auf andere Betreiber zu den bestehenden Arbeits- und Sozialbedingungen vorschreiben können.“*



**Vielen Dank für die  
Aufmerksamkeit!**

**Mira Ball  
Bundesfachgruppenleiterin  
Busse und Bahnen  
[mira.ball@verdi.de](mailto:mira.ball@verdi.de)**

**[www.verkehr.verdi.de](http://www.verkehr.verdi.de)**